

Wir veröffentlichen eine Übersetzung des beispielhaften Aufrufs, den der U.S. Peace Council nach dem Wahlsieg Donald Trumps an alle US-Bürger gerichtet hat, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz einsetzen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 184/16 – 28.12.16

Zur Wahl des US-Präsidenten Was die Bewegungen für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz nach Trumps Wahlsieg unbedingt tun müssen

U.S. Peace Council, 25.11.16

(<http://uspeacecouncil.org/?p=3077>)

Kurzfassung

Der US-Friedensrat (s. <http://info-direkt.eu/2016/10/26/us-friedensrat-der-westen-betreibt-massive-propaganda-gegen-assad/> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Weltfriedensrat>) begrüßt zunächst alle Demonstrationen für ein besseres Leben der arbeitenden Bevölkerung, für den Schutz der Umwelt, für die Respektierung der Frauen und gegen Rassismus oder gegen Fremden- und Islamfeindlichkeit, die nach Trumps Wahlsieg stattgefunden haben. Trump hat während des Wahlkampfes viele Ansichten geäußert, die nicht weiterführend, sondern eher destruktiv waren; die Mehrheit seiner Wähler hat sich aber sicher nicht deshalb für ihn entschieden. Viele, wenn nicht sogar die meisten seiner Anhänger drückten mit ihrer Wahlentscheidung ihre Wut über die jahrzehntelange "Globalisierungspolitik" des konzernhörigen US-Establishments aus, die sie nur ärmer gemacht, abgehängt und entmündigt hat. Der US-Friedensrat tritt für eine Beendigung aller Kriege ein und lehnt die fortschreitende Militarisierung sowie die Weiterverbreitung und den Einsatz von Atomwaffen ab. Weil sich Trump zu diesen Forderungen sehr widersprüchlich geäußert hat, sollten wir ihn vor allem an seine im Wahlkampf bezogenen positiven Positionen erinnern; er hat angekündigt, dass er die Spannungen mit Russland abbauen, zur Beendigung des Krieges in Syrien beitragen und darüber nachdenken wolle, ob die NATO überhaupt noch gebraucht wird. Sein Handeln als Präsident wird entweder die zum Establishment gehörenden Demokraten und Republikaner oder seine das Establishment ablehnenden Wähler verärgern. Die Friedensbewegung und die anderen Massenbewegungen in den USA sollten daher den Rat des Online-Magazins "Mother Jones" (s. <http://www.motherjones.com/>) befolgen: "Lasst nicht die Köpfe hängen, organisiert euch!" Wir brauchen mehr Mitstreiter und wirkungsvollere Aktionen. Lasst uns gemeinsam für unsere Ziele kämpfen und die Enttäuschten, die Trump gewählt haben, für unseren gemeinsamen Kampf gewinnen.

Nach einem sehr langen und erbittert geführten Präsidentschaftswahlkampf, der uns wieder einmal einige der schlimmsten Aspekte unserer sozialen Realität ins Bewusstsein gerückt hat, ist es Donald Trump, einem der umstrittensten Präsidentschaftskandidaten in der jüngeren Geschichte der USA, gelungen, die Wahl mit Hilfe unseres veralteten und undemokratischen Wahlmänner-Systems zu gewinnen.

Der Sieg Trumps hat bei Millionen US-Bürgern Angst, Verwirrung und Verzweiflung hervorgerufen – bei Afroamerikanern, Frauen, Einwanderern, Muslimen und vielen anderen Entrechteten und Unterdrückten in unserer Gesellschaft. Auch viele der Menschen, die den Klimawandel stoppen und unsere Umwelt schützen wollen, haben sich an den Massendemonstrationen beteiligt, die sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses über-

all in den USA stattgefunden haben, weil viele enttäuschte Wähler gegen den neuen Präsidenten und seine diskriminierenden Äußerungen im Wahlkampf protestieren wollten. Die Suche nach den Ursachen für den erwarteten scharfen Rechtsruck in der US-Politik und die befürchteten Auswirkungen auf das Leben von Millionen Menschen in den USA und in der ganzen Welt haben in der Friedensbewegung, in Menschenrechtsgruppen und in sozialen Bewegungen lange Diskussionen und hitzige Debatten entfacht.

Zweifellos werden wir mehr Zeit brauchen, um diese unerwartete Entwicklung gründlich zu analysieren und uns darauf einzustellen. Trotzdem ist auch jetzt schon eine erste Einschätzung der Ursachen möglich und notwendig. Unsere Analyse sollte sich zunächst auf die soziale Dynamik und die Kräfte konzentrieren, die Donald Trump zur Präsidentschaft verholfen haben, aber auch die Folgen einschätzen, die aus seiner Wahl für den Kampf um den Frieden erwachsen könnten.

Der soziale Kontext: Die wachsende Spaltung der Gesellschaft

Die Präsidentenwahl im Jahr 2016 fand in einer Zeit statt, in der die Gesellschaft der USA so gespalten und polarisiert ist, wie nie zuvor. Die US-Bürger werden seit Jahrzehnten entlang vieler Bruchlinien immer weiter auseinanderdividiert:

- durch strukturell bedingten Rassismus, Sexismus und Fremdenfeindlichkeit,
- durch die Militarisierung der Polizei und deren wachsende Brutalität gegen Minderheiten,
- durch Kapitalflucht und Verlagerung der Investitionen ins Ausland; das hat die Arbeitslosigkeit auf ein unerträglich hohes Niveau ansteigen und Wohnviertel, in denen vor allem Afroamerikaner und Latinos leben, total verkommen lassen,
- durch eine fortschreitende Schrumpfung des Mittelstandes und sinkende Löhne; die Mehrheit der US-Bürger hat große wirtschaftliche Probleme, viele stehen vor dem Bankrott und haben Angst vor der Zukunft,
- durch wachsende Armut und Obdachlosigkeit,
- durch eine mangelhafte Gesundheitsfürsorge für viele Millionen Beschäftigte,
- durch die ständig in anderen Ländern geführten Kriege; dadurch wurden nicht nur diese Länder zerstört und Millionen Menschen getötet, die Kriege haben auch Milliarden Dollars verschlungen, die in der Bildung, in der Gesundheitsfürsorge und bei der Erneuerung der Infrastruktur unseres Landes fehlen,
- durch die Zerstörung der Umwelt und die bedrohliche Klimaveränderung, die das Leben von Millionen Menschen in USA und in der ganzen Welt gefährdet.

All das und viele andere ungelöste Probleme haben die Mehrheit der US-Bürger so frustriert, dass sie eine grundsätzliche Änderung der Politik wollten, die unsere Regierung bisher betrieben hat. Diese frustrierte und wütende Mehrheit hatte auch Barack Obama vor allem deshalb gewählt, weil er schon 2008 mit seinen Wahlslogans "Change you can believe in" und "Yes we can" die erhofften Veränderungen versprochen, dann zur großen Enttäuschung seiner Wähler aber nicht realisiert hat.

Der Wahlprozess

Schon während des Vorwahlkampfes hat sich ein Konflikt zwischen Establishment-Vertretern und Establishment-Gegnern abgezeichnet, sowohl unter den Wählern als auch innerhalb der beiden großen Parteien. Dieser Konflikt hat dazu geführt, dass schon bald in bei-

den Parteien Kandidaten vorne lagen, die nicht dem Establishment zugerechnet wurden: Donald Trump und Bernie Sanders. (Trump verdankt diese Einordnung ausschließlich seinen verbalen Angriffen auf das Establishment, dem er natürlich auch selbst angehört. Sanders hat die Politik des Establishments zunächst heftig kritisiert, nach seiner Ausbootung aber sofort Frau Clinton – die Wunschkandidatin des Establishments – unterstützt.) Weil die ebenfalls zum Establishment gehörenden Führungen beider Parteien keine Veränderungen wollen, haben sie mit allen Mitteln versucht, sich ihrer Veränderungen fordernden Kandidaten zu entledigen: Sanders wurde (durch die Manipulation von Wahlautomaten, s. <https://diefreiheitsliebe.de/politik/vorwahlen-in-den-usa-wie-bernie-sanders-betrogen-wurde/>) "ausgetrickst", und Trump sollte (weil er nicht zu verhindern war) wenigstens "gezähmt" werden. Die parteiinternen Machenschaften gegen Sanders und die Nominierung Hillary Clintons zur Präsidentschaftskandidatin des demokratischen Establishments haben viele normalerweise die Demokraten wählenden US-Bürger verprellt und die Aussicht der Demokratischen Partei auf einen Wahlsieg deutlich reduziert.

Damit war die Bahn frei für das Rennen zwischen einer vom demokratischen Establishment gestützten, beim Wahlvolk aber äußerst unbeliebten Kriegstreiberin und einem rassistischen, sexistischen, fremdenfeindlichen, sehr weit rechts stehenden republikanischen Milliardär, der vor allem auf die Wut vom Establishment enttäuschter weißer Wähler setzte. Bis zur allerletzten Minute versuchte eine große Mehrheit von Beobachtern und Wahlanalysten über die konzerneigenen Mainstream-Medien den US-Bürgern einzureden, dass ein Rassist, Sexist und inkompetenter Rüpel wie Trump nicht die geringste Chance habe, die Wahl zu gewinnen; damit sorgten sie aber nur dafür, dass viele Trump-Gegner überhaupt nicht wählten, weil sie glaubten, Hillary Clinton bekäme ohnehin genug Stimmen.

Zur allgemeinen Überraschung konnte sich Trump aber trotzdem 290 Wahlmänner sichern und damit die Wahl gewinnen – obwohl Hillary Clinton fast zwei Millionen Stimmen mehr als er bekommen hat. An diesem Wahlergebnis wird erneut deutlich, wie undemokratisch unser antiquiertes Wahlsystem ist, weil wieder ein Kandidat Präsident wird, der weniger Stimmen als seine Konkurrentin erhielt.

Warum hat Trump gewonnen?

Es wäre ein schwerer Fehler, den Sieg Trumps nur der Unterstützung zuzuschreiben, die er von Rassisten, Sexisten, Ausländerfeinden, Rechtspopulisten und Neonazis erhalten hat, weil er sie mit seinem aggressiven Verhalten und seiner rüden Wahlkampf-Rhetorik mobilisieren konnte. Ja, während des Wahlkampfes hat er diese sich schon länger in unserer Gesellschaft tummelnden bösen Geister um sich geschart, und wir werden noch viele Probleme mit ihnen haben. Die US-Bürger haben allen Grund, über die Gefahren besorgt zu sein, die aus dieser Entwicklung erwachsen könnten.

Wenn Trump nur von diesen Leuten gewählt worden wäre, hätte er nicht gewonnen, denn die hat es schon immer gegeben, wir haben uns nur noch nie ernsthaft mit ihnen und ihren Problemen auseinandergesetzt. Als es der arbeitenden Bevölkerung noch wirtschaftlich besser ging, war der Einfluss dieser rassistischen und faschistoiden Kräfte aber wesentlich geringer. Damit soll die Gefahr, die von ihnen ausgeht, nicht kleingeredet werden. Wir müssen ihr natürlich entgegentreten. Der in den letzten Jahren gewachsene Widerstand gegen die Brutalität, mit der die Polizei gegen Afroamerikaner und andere Menschen dunklerer Hautfarbe vorgeht, zeigt doch, dass der Rassismus auch in den benachteiligten Schichten der weißen US-Bevölkerung abnimmt. Zahlreiche "weiße Bundesstaaten" (in denen die Bürger mit heller Hautfarbe überwiegen) haben vorher zweimal für Obama gestimmt, ehe sie sich 2016 für Trump entschieden haben. Die weißen Wähler in diesen Staaten haben Trump also sicher nicht gewählt, weil sie plötzlich rassistische Anwandlungen hatten.

Wir sollten ebenfalls bedenken, dass eine größere Aktivität rassistischer und rechtspopulistischer Kräfte nicht nur in der US-Gesellschaft, sondern auch im Ausland zu beobachten ist. Auch in früheren kapitalistischen Krisen hat es Rassismus, nationalistischen Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und populistische Rechtstendenzen gegeben. Sogar in Europa haben populistische Rechtsparteien wie die Front National (Marine Le Pens) in Frankreich, die UKIP (s. https://de.wikipedia.org/wiki/UK_Independence_Party) in Großbritannien und die AFD in Deutschland wieder großen Zulauf. Auch deren bei allen Wahlen zu verzeichnender Stimmenzuwachs kommt zum größten Teil von Protestwählern, die eine auf "Regimewechsel" ausgerichtete Außenpolitik und eine "Globalisierung" ablehnen, die mit Freihandel, offenen Grenzen und der Auslagerung von Investitionen und Arbeitsplätzen in Billiglohnländer den Konzernen hohe Profite verschaffen, der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung aber nur Arbeitslosigkeit und Armut bringen.

Solche Protestwähler haben auch Trump zu seinem Wahlsieg verholfen. Sie haben ihn nicht wegen seiner rassistischen und sexistischen Pöbeleien, sondern wegen seiner theatralisch vorgetragenen lautstarken Angriffe auf die von den Konzernen immer weiter getriebene "Globalisierung" gewählt, die Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt verarmen lässt, gleichzeitig aber das korrupte politische Establishment in Washington, das sie in Gang hält, immer reicher macht. Die Wut über diese Zustände hat die perspektivlosen Arbeiter aus den verrottenden Fabriken im "Rust Belt" (Rostgürtel, der früher wichtigsten Industrieregion der USA, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rust_Belt) dazu getrieben, Trump die vielen Stimmen zu geben, die er unter normalen Verhältnissen nie bekommen hätte.

Die konzerneigenen Mainstream-Medien versuchen, diese Fakten zu verdrehen und behaupten, Trump hätte seinen Wahlsieg ausschließlich "rassistischen weißen Arbeitern" zu verdanken. Mit dieser Lüge wollen sie uns nur davon abbringen, die eigentlichen Ursachen des Trump-Sieges zu untersuchen. Wir sollten nicht in diese neue Falle tappen. Trump ist zwar selbst Rassist, die meisten seiner Wähler ließen sich aber nicht von rassistischen Vorurteilen leiten; trotzdem sollten wir den immer noch in den USA schwelenden latenten Rassismus gemeinsam bekämpfen, damit er nicht wieder voll aufflammt. Eine bedeutende Anzahl der Trump-Wähler wollte vor allem gegen die konzernhörige, kriegstreiberische Politik der Obama-Regierung protestieren, die große Teile der US-Bevölkerung ins Elend gestürzt hat. Damit diese Politik endlich aufhört, müssen wir uns alle gemeinsam dagegen wehren – unabhängig davon, wer gerade wen aus welchen Gründen auch immer gewählt hat.

Was können wir von der Trump-Regierung erwarten?

Die Frage ist, wird Trump, der die Wahl als rechter Populist gewonnen hat, auch als rechter Populist regieren? Schauen wir uns einige seiner widersprüchlichen Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik an, die von fundamentalem Interesse für die Friedensbewegung sind.

Trump hat laut darüber nachgedacht, ob die NATO überhaupt noch gebraucht wird, und die Verbündeten wissen lassen, wenn sie die Nato zu ihrem Schutz erhalten wollten, müssten sie mehr dafür bezahlen. Er will im Umgang mit Putins Russland auf Kooperation statt auf Konfrontation setzen und hat die Unterstützung "gemäßigter Rebellen" in Syrien in Frage gestellt, weil die zu einem Krieg mit Russland führe.

Andererseits hat er aber auch gedroht, er wolle bei der Bekämpfung des Islamischen Staates Atombomben einsetzen und will wieder foltern lassen. Einerseits möchte er im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern nicht mehr einseitig Partei ergreifen, andererseits will er die US-Botschaft in Israel (aus Tel Aviv) nach Jerusalem verlegen. Er hat sich auch sehr leichtfertig über den Einsatz von Atomwaffen geäußert und angekündigt,

dass er durch eine drastische Steigerung der ohnehin schon viel zu hohen Rüstungsausgaben die militärische Überlegenheit der USA "wieder herstellen" will. Das Gefangenenlager Guantanamo will er weiter betreiben, und sein Vizepräsident Pence möchte die unter Obama eingeleitete Normalisierung der Beziehungen zu Kuba wieder rückgängig machen.

Einige außenpolitische Ankündigungen Trumps sind furchterregend, andere heben sich positiv von der bisherigen Außenpolitik des Washingtoner Establishments ab. Es liegt vor allem an dem von der Friedensbewegung zu entwickelnden Druck, ob er die kriegstreiberische Politik der Obama-Regierung verschärft fortsetzt oder diplomatische Konfliktlösungen anstrebt und auf einen Kurs der Entspannung und der friedlichen Kooperation einschwenkt. Das wird nur dann geschehen, wenn es uns gelingt, große Teile der US-Bevölkerung mit unseren Forderungen auf die Straße zu bringen.

Wir wissen sehr gut, dass kein US-Präsident allein entscheiden kann, welche Politik verfolgt wird. Es gibt schon jetzt deutliche Anzeichen dafür, dass der von konzernhörigen Republikanern dominierte Kongress versuchen wird, Trump in eine Regierung einzubinden, die wie die vorherigen vor allem Konzerninteressen durchsetzt. Die damit kollidierenden positiven Absichten Trumps sollen möglichst schnell in Vergessenheit geraten, nur seine pöbelnden Rundumschläge darf er weiterhin austeilen. Die wenigen im Kongress verbliebenen liberalen Demokraten werden Trump auch nicht dazu ermuntern, einen klaren Kurswechsel zu vollziehen. Wir werden schon bald wissen, welchen Kurs er steuern wird, wenn bekannt ist, wer ihn berät, wer seinem Kabinett angehört und welche Haushaltsprioritäten gesetzt werden.

Welche Richtung er auch einschlägt, er wird auf jeden Fall große Probleme bekommen – entweder mit seinen Wählern, die er mit dem Versprechen positiver Veränderungen geködert hat, oder mit dem Washingtoner Establishment aus Republikanern und der Mehrheit der Demokraten, das den bisherigen, von den Konzernen eingeforderten Kurs keinesfalls ändern will. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass sich die Konzerne immer dann durchsetzen, wenn sich in der Bevölkerung keine einige, starke und kampfbereite Widerstandsbewegung bildet.

Wie kommen wir voran?

Deshalb müssen die Friedensbewegung und die Menschenrechtsgruppen ihre Aufmerksamkeit vor allem auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen und soziale Konflikte richten und nicht nur auf Trump starren. Trotz aller Enttäuschungen und Gefahren, die mit dem Wahlsieg Trumps verbunden sind, zeigt sich ein Silberstreifen am Horizont, weil im Wahlkampf alle Widersprüche in unserem derzeitigen System zu Tage traten – der Rassismus und Sexismus, die Fremdenfeindlichkeit, die Verwüstungen, die durch die von den Konzernen in Gang gesetzte Globalisierung und die endlosen Kriege angerichtet wurden und besonders die durchgängige Korruptheit des politischen Establishments in Washington DC.

Deshalb hat Trump mit seinem Sieg auch kein Mandat für die Fortsetzung der Kriege und weitere Sparmaßnahmen bei den Sozialausgaben bekommen. Wir haben zwar allen Grund, uns Sorgen zu machen, sollten aber nicht verzweifeln und uns auch nicht einschüchtern lassen. Das Wahlergebnis beweist vor allem, dass die US-Bürger positive Veränderungen wollen, denn Trump hat nicht wegen seiner rassistischen, sexistischen und fremden- oder islamfeindlichen Ausfälle gewonnen. Wir sollten ihn auf die außenpolitischen Alternativen festnageln, die er im Wahlkampf vorgetragen hat – vor allem auf den versprochenen pragmatischeren Umgang mit Russland. Natürlich werden die Kriegstreiber in Washington Himmel und Hölle in Bewegung setzen, damit er von seinen positi-

ven Ankündigungen abrückt und eine ganz "normale" Regierung aus reaktionären Republikanern bildet. Deshalb müssen wir den Kampf um den Frieden verstärken und Menschen in großer Zahl auf die Straßen bringen.

Wir müssen die Realisierung der im Wahlkampf angekündigten positiven Veränderungen einfordern, unabhängig davon, ob die Vorschläge von Trump und Sanders oder von Hillary Clinton und Jill Stein kamen. Nur dann können wir genug Mitstreiter gewinnen, auch aus den Reihen der Wähler, die Trump ihre Stimme nur aus Protest oder aus dem Wunsch nach Veränderung gegeben haben. Unser Widerstand kann nur dann wirklich breit genug werden, wenn es uns gelingt, alle einzubeziehen, die von den Konzernen ausgebeutet und von der die Sozialausgaben auffressenden Profitsucht des militärisch-industriellen-Komplexes ins Elend getrieben werden.

Das ist unserer Ansicht nach die einzige Möglichkeit, die negativen Effekte dieser Wahl zu überwinden und die grundsätzlichen Änderungen durchzusetzen, nach denen sich die Menschen in den USA und in allen Ländern der Welt seit Jahrzehnten sehnen.

(Wir haben den Mut machenden Aufruf, an dem sich auch die immer noch zerstrittene, leider viel zu oft mit sinn- und wirkungslosen Einzelaktionen stillbeschäftigte deutsche Friedensbewegung orientierten sollte, komplett übersetzt und mit wenigen Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.



2016 U.S. Presidential Election — Trump's Victory and the Urgent Imperatives Before People's Peace, Justice, and Environmental Movement

U.S. Peace Council, November 25, 2016

Executive Summary:

Regarding the election victory of Donald Trump, the US Peace Council first of all salutes the massive demonstrations that call for improving workers' lives, saving the environment, respecting women, opposing racism, supporting immigrants and rejecting Islamophobia. While much of what Trump said during the campaign and what he stands for is divisive and destructive, it is unlikely that a majority of Trump supporters voted based on Trump's scapegoating statements. Many if not most of those voters were expressing their anger at decades-long policies of the corporate Establishment and corporate "globalization" that have left them poorer, isolated and unheard. While the USPC calls for opposing the many wars, increased militarization and proliferation of nuclear weapons, Trump's inconsistent statements offer an opportunity to insist that future President Trump pursue positive positions such as détente with Russia, ending the war on Syria and suggestions that NATO is outmoded. His actions will necessarily either anger the pro Establishment Republicans and Democrats or anti-establishment voters. The peace movement and the other mass movements in the U.S. should follow the words of Mother Jones, "Don't mourn, organize," increase our outreach and actions. Organize for what we believe in and welcome the anti-establishment voters into the struggle.

After a lengthy and bitter presidential campaign, which, once again, brought to surface some of the ugliest aspects of the social reality we live in, Donald Trump, one of the most controversial presidential candidates in the recent history of the United States, managed to win the election with the help of our antiquated and undemocratic Electoral College system.

Trump's election has given rise to tremendous amount of fear, puzzlement and despair among tens of millions of Americans — from African Americans, to women, immigrants, Muslims and many other disenfranchised and oppressed groups in our society, as well as the large numbers fearful of climate change and accelerating environmental degradation — leading to immediate mass demonstrations against the election results throughout the country against the election results and many of the president-elect's expressed attitudes. This has sparked a great amount of discussion and debate in our peace and justice movement about the deep roots of this drastic right turn in American politics, and its future impact on the lives of millions of people in the U.S. and around the world.

There is no doubt that a full explanation of this unexpected development will require more time and in-depth analysis within the people's movement. Yet, initial estimates of the causes are possible and necessary. Our analysis should focus on the social dynamics and forces that led to the election of Donald Trump as president and its important implications for the struggle for peace.

Social Context: The Deepening Divide

The 2016 presidential election occurred at the time when our society was, and still is, at its most divided and polarized state in its recent history. Our society has been experiencing deep divisions along many fault lines for several decades:

- Decades of structural racism, sexism and xenophobia;
- Militarization of the police and increasing police brutality against minorities;
- Flight of capital and investment abroad, which has led to intolerable levels of unemployment and devastated communities, especially among African Americans and other people of color;
- Visibly shrinking the size of the country's middle class and stagnant wages that have pushed the majority of people into economic hardship, bankruptcy and a deep sense of economic insecurity;
- Expanding poverty and homelessness;
- Lack of adequate healthcare for tens of millions of working people;
- State of perpetual war abroad that has not only led to destruction of many countries and the loss of millions of lives but has absorbed almost all government funds for education, healthcare and building the country's infrastructure;
- Destruction of the environment and the drastic climate change that is threatening the lives of millions of people not just in the United States but around the world.

All this, and more, had created an angry pole of frustrated people who demand a fundamental change in the way the country is being run. Indeed, it was the same frustrated and

angry majority that supported Barack Obama in 2008 with his slogans of “Change You Can Believe In” and “Yes We Can,” which, to everybody’s disappointment, never materialized.

The Electoral Process

Very early in the campaign period, the main fault-line was quickly drawn between the pro-establishment and anti-establishment forces, both throughout the society and within the two major parties. This deep divide led to massive support for candidates from both parties who appeared to be on the anti-establishment side: Donald Trump and Bernie Sanders (the first, more fake and the second, more genuine). The pro-establishment leadership of both parties, fearful of the massive shakeup that may result, tried to either contain and remove (in the case of Sanders) or “tame” as much as possible (in the case of Trump) these candidates. The internal machinations against Sanders’ nomination by the pro-establishment leadership of the Democratic Party, which led to the selection of Hillary Clinton as the Party’s nominee, alienated a significant number of the Party supporters and drastically reduced the chances of a Democratic victory.

The stage was thus set for a race between a visibly pro-establishment, pro-war Democratic candidate, whom very few trusted and were hardly motivated to vote for, and a racist, sexist, xenophobic, rightwing Republican billionaire, who was banking on the massive anti-establishment wave of frustration and anger among the people. Still, until the very last minutes, a great majority of observers and analysts in the corporate media kept assuring people that such a racist, sexist and incompetent character as Trump had no chance of winning the election, thus promoting more complacency among the opposition to Trump.

Yet, to everybody’s surprise, Trump won by securing 290 electoral votes despite the fact that Clinton had mustered close to two million more votes than he. This result exposes the undemocratic flaws of our antiquated electoral system in which candidates can win a presidential election with a minority of the popular vote.

Why Did Trump Win?

It would be a grave mistake to attribute Trump’s victory solely to the support he received from the racist, sexist, xenophobic, neo-Nazi and fascist forces who were highly motivated and mobilized throughout society by Trump’s rhetoric and behavior during his campaign. True, the dormant beast that he has awakened in our society during this election will be haunting and threatening the very fabric our society for a long time to come. And the people have every reason to be fearful and concerned about the serious damage it is bound to cause.

But it was not mainly these forces that pushed Trump to the top. Historically, these forces have always been present and active in every corner of our society, thanks to the system’s failure to deal with the problem of racism in a fundamental way. In fact, the size and overall impact of racist forces on our society has been continuously decreasing over time as the people’s level of social consciousness and awareness has increased. This by no means implies that their significance or the need for confronting them has diminished. On the contrary, the intensified police brutality and oppression that the African-American and other communities of color have been facing in recent years is a clear demonstration of the fact that racism is losing ground among the majority of U.S. population and that resistance to racism is becoming stronger, not only in the African American community but among other minority communities and the white population as well. In fact, evidence from the recent elections shows that numerous mainly white states, having voted twice for Obama, switched to Trump in 2016, suggesting that racism was not the central motive in their vote.

At the same time, we should bear in mind that the visibly increased activism of the racist and rightwing populist forces in our society is neither happening in vacuum, nor is unique to the United States. History has shown repeatedly that during any phase of systemic capitalist crisis, racism, national chauvinism, xenophobia, and rightwing populist tendencies have become more vocal, active and influential. In Europe, too, rightwing populist parties are growing (Le Pen in France, UKIP in Britain, the Alternative for Germany party; and elsewhere). Growth in their vote represents a growing protest against corporate “globalization” (free trade, open borders, export of capital and jobs, and “regime change” foreign policy; in short, making the world safe for transnational capital by sacrificing the lives of ordinary people).

This is what secured victory for Trump. Not his blatant racism and sexism, but his hypocritical yet vocal opposition to corporate “globalization” that has impoverished billions of people around the world, and the corrupt political establishment in Washington that supports it. This is what resonated with a great number of working people, especially in industrially devastated states in the rust belt of the United States, and secured him the electoral votes he needed despite the overall lack of popular support on the national level.

The corporate media has been trying to distort this fact by claiming that it was the “white” workers that helped him win the election. In other words, it was the racists who got him elected. But nothing can be further from truth. This is an intentional distraction to keep us from focusing on the main causes of Trump’s victory, and a warning for us not to fall in this new trap. Not all who voted for Trump were racist, although he himself is, and all of us should certainly continue to fight against racism vigorously. But a very significant number of Trump voters were protesting a pro-corporate, pro-war system that has devastated the lives of the majority of the population. And this is what brings all of us together regardless of whom we voted for in this election.

What Can We Expect from the Trump Administration?

The question is: Now that Trump has won the election as a right wing populist, will he govern as a right wing populist? Let us look some of the contradictory promises he made on issues of foreign policy and war, which are of central interest to the peace movement.

Trump wondered out loud whether NATO was outmoded, and said that there should at least be better burden sharing by allies to pay for NATO. He favored cooperation with Putin’s Russia instead of confrontation. He expressed caution about supporting the “moderate rebels” in Syria, saying that it would lead to war with Russia.

On the other hand, he threatened to use nukes against ISIS and revive the use of torture. At one point he pledged more evenhandedness on Israel/Palestine, but at the same time pledged to move the US Embassy to Jerusalem. He also expressed a cavalier attitude to the use of nuclear weapons and stressed the need for “restoring” US military strength by increasing the already enormous U.S. military budget. He said he would keep Guantanamo open, while his Vice-President-elect, Pence, for his part promised to undo Obama’s limited normalization of relations with Cuba.

Certainly Trump’s foreign policy proclamations are mixed bags. But some, if pursued, will be running against the present establishment policies. It is incumbent on all of us to demand that he honors his populist positions and discards the reactionary ones. And we only have a chance of succeeding if there is enough mass pressure built up from below.

We know very well that no U.S. President makes policy decisions singlehandedly. There are many signs that the conventional corporate Republicans in Congress and all the cor-

porate interests behind them are surrounding him to ensure that his populist positions are forgotten ASAP, and that only his racist and rightwing policies remain. Pro-establishment Democrats and liberals will not challenge him to honor his populist positions either. We will learn soon enough which side of Trump will triumph over the other as the key staff and Cabinet appointments and the budget priorities become evident.

His problem is that either direction he chooses, he is bound to anger and lose a significant part of his support base: either his anti-establishment supporters who want change, or the establishment Republicans (and Democrats) who wish to maintain the pro-corporate status quo. History has shown that in the absence of a strong, unified and active popular movement, the chips always fall on the side of the corporate establishment.

Our Path Forward

Based on all this, it is imperative for the peace and justice movement to focus its attention on the social dynamics, social forces, and policies rather than focusing on Trump as an individual. Despite all the negatives and dangers that Trump's election has given rise to, one silver lining in the process is that his election has laid bare all the contradictions of the existing system at all levels: racism, sexism, xenophobia, the devastation caused by corporate globalization and perpetual war, and the deep corruption of the political establishment in Washington, DC.

Trump's victory was not a mandate for war and racism. There is reason for worry, but not for despair. The vote mainly reflected a widespread voter desire for change. The Trump campaign's use of racism, Islamophobia, and sexism does not negate this reality. There are some positive features in Trump's contradictory campaign positions on foreign policy, for example, his openness to a more pragmatic attitude toward Russia. Of course, the pro-war forces will move heaven and earth to ensure that the populist elements in his statements will fall by the wayside and we will be left with a conventional right-wing Republican Administration. Therefore we must step up the struggle for peace, and get out into the streets in vast numbers.

By focusing on the popular demands that were raised during this election, be it by Trump, Clinton, Sanders, or Jill Stein, we can bring together and unify all the popular forces, including the majority of those who voted for Trump (either as a protest vote or based on a desire for fundamental systemic change) in the broadest possible movement, one that addresses all the structural flaws of the system that are directly linked with the imperialistic corporate exploitation and military-industrial war-mongering.

This, in our view, is the only way to undo the negative effects of this election and enforce the fundamental changes that the people of our country and the world have been struggling to achieve for many decades.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern